

NACHRICHTEN

„Marshall Plan“ für die Philippinen

Das Hilfsprogramm PAP-Philippine Assistance Program, auch MAI-Multilateral Aid Initiative oder „Mini Marshall Plan“ genannt, soll mit einer zusätzlichen 10 Milliarden US-Dollar Hilfe über fünf Jahre (1989-93) die Philippinen unter die NIC-Newly Industrialized Countries einreihen und die sich zuspitzenden sozialen Konflikte für immer beenden. Präsidentin Aquino hat dafür einen Koordinierungsrat eingesetzt und den Industriekapitän Roberto Villanueva an die Spitze gestellt. Anlässlich der Beisetzung für Kaiser Hirohito in Tokyo Ende Februar 1989 haben sich vor allem US-Präsident Bush, Japans Premierminister Noburu Takeshita und Lee Kwan Yew, Premierminister von Singapur, für den Plan stark gemacht. Die USA haben die ersten 200 Millionen US-Dollar dafür bereitgestellt. Für Juni 1989 war ursprünglich eine internationale Mobilisierung, Pledging Session genannt, angesetzt, die vorläufig jedoch verschoben worden ist. Frau Aquino reist Mitte Juli 1989 selbst für eine Mobilisierung von Geldmitteln für den Plan nach Bonn und zum Weltwirtschaftsgipfel nach Paris.

Der Plan ist nach dem Wiederaufbauprogramm von Indonesien IGGI-Intergovernmental Group for Indonesia modelliert worden, mit dem die holländische Regierung 1966 nach dem Sturz von Sukarno die runtergewirtschaftete ehemalige Kolonie zu sanieren versuchte und das ebenfalls 10 Milliarden US-Dollar betrug, jedoch für einen Zeitraum von 22 Jahren.

Der Entwurf des Durchführungsplans: The Philippine Agenda for Sustained Growth and Development, der am 3.5.1989 dem Senat vorgelegt wurde, besteht hauptsächlich aus wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Bestimmungen zur Anpassung der Wirtschaft ans Weltwirtschaftssystem, kaum von den üblichen Auflagen des IWF für neue Kredite zu unterscheiden. Die Nationalisten unter den Senatoren haben gegen die Bestimmungen protestiert, die ganz offensichtlich im Interesse bestimmter Wirtschaftskreise liegen und nichts mit einer langfristigen Wiederbelebung der Wirtschaft zu tun haben, wie die Aufhebung von Autobahngebühren, die Freigabe von Bestimmungen für Gebühren für private Schulen u.a.

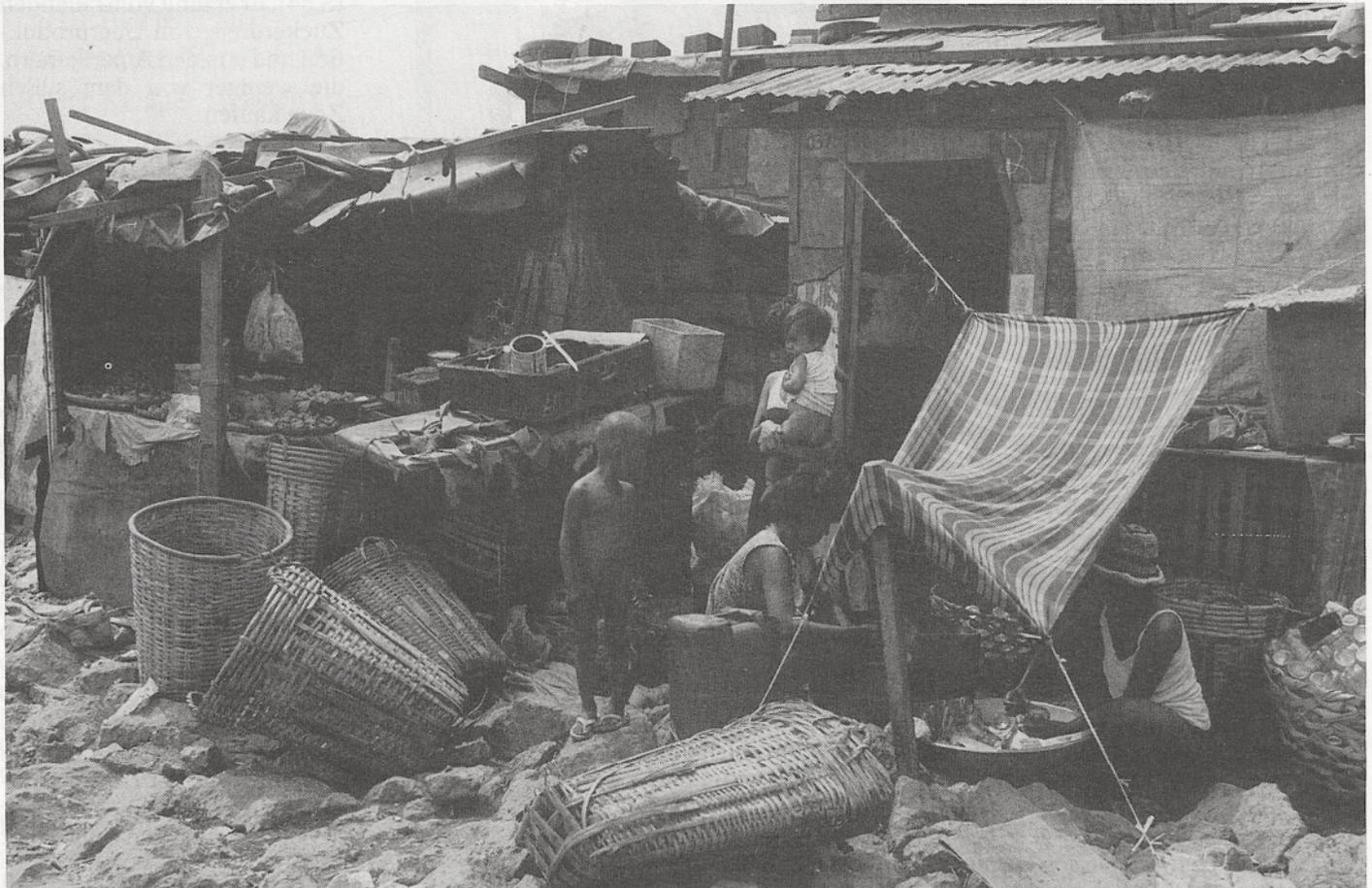
Villanueva preist mit starken Worten den PAP bei allen möglichen Gelegenheiten an: „Die Idee ist, soziale Probleme in einer fundierten Weise anzugehen, indem wir mehr oder weniger dauerhafte wirtschaftliche Aktivitäten auf dem Lande schaffen.“

Es sollen fünf Demonstrationsprojekte durchgeführt werden: Ausbau des Hafens von Batangas zur Förderung von Import- und Exportgeschäften, Bau eines Industrieparks in Cavite, um ausländische Investoren anzulocken u.a.

Kritiker weisen auf die angestauten Gelder für derartige Projekte hin, die sich laut der Ministerin für Wirtschaftsplanung Solita Monsod auf 75 Millionen US-Dollar belaufen, nach anderen Quellen jedoch mehrere Milliarden Dollar betragen. Die Gelder fließen nicht ab, weil kein günstiges Klima für eine nationale Wirtschaftsentwicklung existiert. Kritiker weisen darauf hin, daß die Korruption um sich greift, Interessensgruppen sich Vorteile auf Kosten der verarmten Mehrheit verschaffen und die Außenorientierung der Wirtschaft mit jedem neuen Kredit und jeder Auslandsinvestition

zunimmt. Es gibt Gouverneure und Bürgermeister, die bereits „Anzahlungen“ auf den PAP geleistet haben, um die Mittel in ihrer Reichweite zu kanalisieren.

Aber es gibt noch andere Versuche, die Finanzierung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zu unterlaufen, die aus dem internationalen Finanzsystem selbst stammen. Auf Betreiben der USA und der japanischen Regierung hat die Weltbank die Federführung für den PAP übernommen und den Plan bereits unter ihre Kontrolle gebracht und auf ihre Bedingungen getrimmt. Die Mobilisierung von Finanzen wird erst dann in Angriff genommen, wenn das jüngste Kreditabkommen des IWF mit der Regierung, das MEP-Memorandum on Economic Policy, oder besser als LOI-Letter of Intent bekannt, verabschiedet und vom philippinischen Kongreß verabschiedet worden ist. Dann erst wird die Weltbank ein Treffen für die Konsultativgruppe einberufen, das ursprünglich für Juni 1989 vorgesehen war. Zehn Milliarden US-Dollar (genau: 9,8 Milliarden, die 200 Millionen der USA nicht mitgerechnet) entsprechen genau der Finanzlücke der philippinischen Wirtschaft bis 1992, die von der Weltbank und dem IWF



(Foto: R. Dusik)

PHILIPPINEN

NACHRICHTEN

zu ihren Bedingungen zu stoppen versucht werden.

Aber es steht offensichtlich noch ein viel weiterreichendes Interesse hinter dem philippinischen „Marshall Plan“, das immer unverhohlener deutlich wird: die Verlängerung der US-Stützpunktverträge für Subic Naval Base und Clark Airbase über 1991 hinaus. Auch wenn der US-Botschafter Nicholas Platt in Manila eine Verbindung offiziell bestritt, geht es ganz offensichtlich um einen politischen Handel. Im zuständigen Unterausschuß für Asien und den Pazifik des US-Repräsentantenhaus heißt es diplomatisch verklauselt, aber unverkennbar deutlich: „Obwohl die Multinationale Hilfsinitiative nicht direkt in bezug zu den bevorstehenden Verhandlungen Ende des Jahres stehen wird ihre erfolgreiche Umsetzung zu einem günstigen Klima in den Philippinen für die Verlängerung des Stützpunktabkommens beitragen.“

vgl. NM v. 12.4.89, S.13ff; FEER v. 23.3.89, S.75; v. 18.5.89, S.59

Proteste gegen die Kreditbedingungen des IWF

Mit dem IWF wurde nach langen Verhandlungen seit Anfang Fe-

bruar 1989 Ende Mai 1989 ein Kreditabkommen über 1,3 Milliarden US-Dollar für den Zeitraum 1989-91 geschlossen, dessen Bedingungen im MEP-Memorandum on Economic Policy, auch LOI-Letter of Intent genannt, festgelegt sind. Das Kreditpaket besteht aus 900 Millionen US-Dollar zur Stabilisierung des Wirtschaftswachstums von 6,5 % und aus 400 Millionen US-Dollar zum Ausgleich von Ölpreis- und Zinsschwankungen. Die Auszahlung hängt jedoch davon ab, ob die 483 Gläubigerbanken ihren Kredit in Höhe von 1,6 Milliarden US-Dollar für denselben Zeitraum gewähren. Die privaten Banken haben wiederum die IWF-Kredite zur Bedingung ihrer Zahlung gemacht.

Mit den Krediten werden jedoch lediglich alte Löcher gestopft und kein Wiederaufbau der Wirtschaft geleistet. Der jährliche Schuldendienst für die 29,12 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden (1989) beträgt 3,5 Milliarden US-Dollar (335.000 US-Dollar täglich beträgt beispielsweise allein der Zinsendienst für das „eingemottete“ AKW von Bataan) Das Defizit im nationalen Haushalt beträgt 160 Millionen US-Dollar. Das Han-

delsdefizit wird sich bis Ende 1989 auf 1,43 Milliarden US-Dollar ausgeweitet haben.

Die Bedingungen des neuen IWF-Kredites, die im LOI festgelegt sind, laufen darauf hinaus, daß:

- der Preis für Grundnahrungsmittel, wie Reis, Gemüse, Fisch und für Elektrizität, Wasser und Transport drastisch steigt.

- die Steuern ab 1990 stark angehoben werden, um das jährliche Steuerdefizit von etwa 1 Milliarde US-Dollar auszugleichen. Da 80 % des Aufkommens aus indirekten Steuern auf Verbrauchsgütern besteht, werden die unteren Einkommensgruppen und die Verarmten am härtesten getroffen.

- durch den Wegfall von Einfuhrbeschränkungen und Importsteuern für weitere 400 Produkte sich die Herstellung von einfachen Gebrauchsgütern im Lande nicht mehr lohnt (Importliberalisierung).

- der Wechselkurs des Peso von 21 Pesos zu 1 US-Dollar von Ende 1988 im Jahre 1989 auf 22,50 Pesos fällt, wodurch Exporte

zwar begünstigt, die Importe von Investitionsgütern jedoch weiter verteuert werden.

Eine Gruppe von 500 Vertretern von NRO-Nicht-Regierungsorganisationen, Ökonomen, Geschäftsleuten und Politikern hat sich mit einer Erklärung gegen ausländischen Druck auf die nationale Wirtschaftsentwicklung gewandt. Eine NRO darunter, die FFDC-Freedom from Debt Coalition, hat ein alternatives 6-Punkte Programm vorgelegt:

- Lohnerhöhung für Arbeiter und Angestellte, um den Verfall der Kaufkraft der letzten drei Jahre auszugleichen.

- Steuerreform zugunsten der unteren Einkommensgruppen.

- Reduzierung des Schuldendienstes, um die Landreform, eine nationale Industrialisierung und verbesserte öffentliche Dienstleistungen, wie Ausbildung, Gesundheit und Kultur, finanzieren zu können.

- Einhalt des Kapitalabflusses ins Ausland, besonders für den Schuldendienst durch entspr. Verhandlungen, politischen Druck und Solidarität mit Initiativen zur Schuldenstreichung.

vgl. FEER v. 16.2.89, S.61; v. 6.4.89, S.98; v. 4.5.89, S.79; NM v. 10.5.89, S.30f; IBON v. 15.4.89, S.2f

US-Spezialist für Aufstandsbekämpfung aus dem Vietnamkrieg in Manila erschossen

Am 21.4.1989 wurde Colonel James Nicholas Rowe, 51 in Manila erschossen. Er war in einem gepanzerten Fahrzeug unterwegs zum Hauptquartier von JUSMAG-Joint US Military Advisory Group in Quezon City. Die NPA-New People's Army bekannte sich am folgenden Tag in einer Presseerklärung zur Erschießung und begründete sie mit ihren Angriffen auf US-Einrichtungen und Personal, die an der Aufstandsbekämpfung beteiligt sind.

Rowe stammte von den Green Berets oder „Ledernacken“, einer Spezialeinheit zur Aufstandsbekämpfung, auch counterinsurgency genannt, im Vietnamkrieg. Er war 1964 vom Vietnam gefangen genommen worden und 1969 entkommen. Er spielte in der Aufstandsbekämpfung unter Präsidentin Aquino dieselbe Rolle, die Colonel Edward Lansdale Ende der 50-er Jahre unter Präsident Ramon Magsaysay in der Bekämpfung des HUK-Aufstandes gespielt

hatte. Als Chefstrategie für counterinsurgency von JUSMAG war er für die Anwendung der in Zentral-Amerika entwickelten Strategie des LIC-Low Intensity Conflict auf philippinische Verhältnisse zuständig; Anstiften von Verwirrung und Konflikten in Aufstandsgebieten, Einsatz von DPA-Deep Penetrating Agents und Aufbau von antikommunistischen Kampfgruppen, den sog. Vigilantes.

Rowe galt als Architekt der CAF-GU-Civilian Armed Forces Geographical Units, der paramilitärischen Einheiten der AFP-Armed Forces of the Philippines zur Einbeziehung aller wehrtüchtigen Männer des Landes in die militärische Aufstandsbekämpfung. Er war gerade mit einer umfangreichen Studie über die Ideologie in der Ausbildung von Rekruten der AFP beschäftigt.

JUSMAG ist seit 1947 Bestandteil des MAA-Military Assistance Agreement und unterstützt direkt der US-Botschaft in Manila. Die Einrichtung dient den USA seit der Unabhängigkeit des Landes von 1946 zur Wahrung ihrer Interessen auf den Philippinen mit zivilen und militärischen Hilfsprogrammen.

Für die Guerilla der NPA ist die militärische Präsenz und die politische Einmischung der USA in philippinische Verhältnisse die Hauptursache für die Verarmung und die repressiven Verhältnisse des Landes, wie NPA-Chef Romulo Kintanar vertritt:

„Wir gehen davon aus, daß die militärischen und damit zusammenhängenden zivilen Kräfte der USA Besatzungsmächte sind.“

Sie sind alle Angriffsziele der Aufstandsbewegung, speziell die Kräfte, die an der Aufstandsbekämpfung direkt beteiligt sind. Es gibt keinen Grund für sie, sich hier aufzuhalten, auch nicht für Urlaub und Erholung (rest and recreation).“

Wie ernst die Guerilla den Kampf gegen die USA im Lande nimmt, zeigt eine Erklärung von Satur Ocampo, Mitglied des Zentralkomitees der CPP-Communist Party of the Philippines, eine Woche vor Rowes Erschießung: die NPA sei zu einem einseitigen unbefristeten Waffenstillstand bereit, wenn die Regierung dagegen die Stützpunktverträge 1991 auslaufen läßt. Die Neuverhandlung der Verträge steht Ende 1989 an.

Am 28.10.88 waren in der Nähe des Luftwaffenstützpunktes Clark Airbase drei US-Soldaten erschossen worden. Am 9.4.89 war in der Nähe von Baguio eine US Nachrichtenstation gesprengt worden. Drei Tage vor Rowes Tod explodierte am Eingang von Clark Airbase eine Bombe.

Es ist zu befürchten, daß sich die Konflikte mit den USA ausweiten, was leicht zu einer direkten militärischen Intervention der USA wie in Vietnam führen kann. Inzwischen wird die Sicherheit für das US-Personal im Lande verstärkt.

Die Untersuchung des Rowe Falles wird direkt vom US-FBI durchgeführt.

Es wird keine Lösung der Konflikte und auch keine Gerechtigkeit für Colonel Rowe geben, solange die Ursachen für Armut und Repression im Lande nicht behoben werden, kommentiert die Tageszeitung Daily Globe in einem Leitartikel zum Tode des Colonels.

Vgl. FEER v. 27.4.89, S.21; v. 4.5.89, S.22; NM v. 10.5.89, S.39; v. 24.5.89, S.8

NACHRICHTEN

Düsenjäger aus Italien für die philippinische Luftwaffe

Die philippinische Regierung hat im März 1989 18 Düsentrainer vom Typ S-211 im Werte von 73 Millionen US-Dollar aus Italien gekauft. Die Maschinen werden von der Firma Gruppo Augusta in Rom geliefert und bei PADC-Philippine Aerospace Development Corporation in Manila für die philippinische Luftwaffe montiert. Beim Abschluß des Vertrages Anfang März wurden 7,7 Millionen US-Dollar angezahlt, der Rest ist in fünf Jahren zu begleichen.

Über den Kauf ist eine heftige Kontroverse auf den Philippinen und in Europa entstanden. Der philippinische Repräsentant des spanischen Konkurrenzunternehmens CASA-Constructiones Aeronauticas erklärte, daß der Kauf verfassungswidrig sei, weil er ohne öffentliche Ausschreibung vorgenommen worden sei. Außerdem seien die Trainingsmaschinen vom Typ C-101 von CASA besser für die philippinische Luftwaffe geeignet und um insgesamt 11 Millionen US-Dollar billiger.

Für den Zuschlag an die italienische Firma war Präsidentin

Aquino persönlich verantwortlich. Sie hatte während ihres Besuches in Rom vom Juni 1988 der italienischen Regierung den Ankauf versprochen. Mit von der Partie für das italienische Geschäft waren auch der ehemalige Oberkommandierende der philippinischen Luftwaffe General Antonio Sotelo, der die Verhandlungen eingeleitet hatte, und der derzeitige Oberkommandeur General Jose de Leon, der am 4.3.1989 auf einer Luftfahrtschau in Manila eine Maschine aus Italien persönlich fliegen konnte.

Von einer anderen Seite wurde der römische Kauf nochmals aufgerollt, als Senator Ernesto Maceda, Vorsitzender des Senatsausschusses für Sicherheitsfragen, General Soletto vor eine Senatsanhörung brachte, um Rechenschaft über den Bau einer neuen Luxusvilla im Werte von 327.000 US-Dollar im Millionärsviertel von Alabang bei Manila zu verlangen. Der Fall verlief im Sande. Maceda selbst beteuerte, er sei deswegen über den Kauf der Übungsmaschinen unglücklich, weil die Luftwaffe mehr Hubschrauber für die Luftstreitkräfte benötige.

Vgl. SOAA v.März 89,S.128; FEER v.23.3.89,S.30f

Wandel durch Handel mit der UdSSR

Eine philippinische Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Handels- und Industrieminister José Conception verhandelte Mitte März 1989 in Moskau eine Reihe von neuen Handelsbeziehungen, durch die eine neue Annäherung an die UdSSR und eine Loslösung aus der starken Umklammerung durch die USA eingeleitet werden könnte.

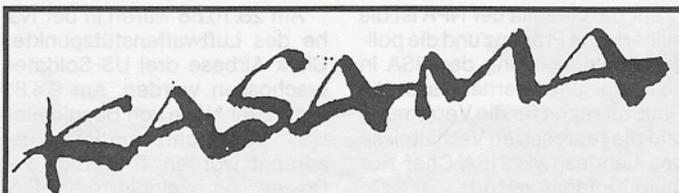
Das Handelsabkommen von 40 Millionen US-Dollar soll bis 1992 auf 200 Millionen vervielfacht werden. Importe aus den Philippinen sollen gesteigert werden, und zwar um das Doppelte der Exporte. Unmittelbar wurde die Reparatur und die Überholung von 120 sowjetischen Fischereibooten in den Werften von Manila und Cebu über ein Kostenvolumen von 8,4 Millionen US-Dollar in Auftrag gegeben. In der Provinz Isabella in Nord-Luzon wird von der UdSSR ein Kraftwerk im Werte von 450 US-Dollar gebaut, das über einen Liefervertrag mit der NPC-National Power Corporation bezahlt wird. Die UdSSR liefert Leder für die Herstellung von 100.000 Paar Schuhen für den

Reexport in die UdSSR. Für Aero-Flot und Philippine Airlines wurden Überflug- und Landerechte vereinbart. Fünf sowjetische Delegationen werden in die Philippinen reisen, um eine Zusammenarbeit auf den Gebieten Eisenbahnbau, Kraftwerksbetriebe, Exploration von Kohlevorkommen, Agroindustrie und Forstwirtschaft vorzubereiten.

José Conception zeigte sich auf einer Pressekonferenz nach dem sechstägigen Besuch am 14.3.1989 zuversichtlich. Er betonte nur, daß die Philippinen keine Kredite zu denselben Bedingungen wie die sozialistischen Länder erhalten können. Präsidentin Aquino hat zwar eine Einladung des sowjetischen Partei- und Regierungschefs Gorbatschow für einen Staatsbesuch in Moskau für Mitte 1989 angenommen, den Besuch jedoch aus unbekanntenen Gründen von ihrer Europareise nach Bonn und Paris im Juli 1989 gestrichen und auf einen späteren Zeitpunkt verlegt.

In Manila heißt es, daß die USA gegen eine weitere Annäherung des Landes an die UdSSR heftig intervenieren.

Vgl. SOAA v.März 89,S.127f; FEER v.30.3.89,S.48



THE NPA-REVOLUTIONARY ARMY IN THE PHILIPPINES

"The CPP [the Communist Party and the New People's Army] is now in a stronger military and political position than were the Viet Cong in 1963."
- Former US Deputy Under Secretary of Defense, Gen. Richard G. Stilwell in POLICY REVIEW 1988.

Since 1969, the New People's Army, the military wing of the Communist Party of the Philippines, has been waging a guerilla war throughout the country. KASAMA is the first film to show from the inside the methods and daily operations of the NPA. This project was shot over a period of one year (after the overthrow of Marcos in 1986) in the countryside and small villages of Bicol in Southern Luzon. The film brings to the outside world a unique close-up view of a popular liberation movement.

90-minütiges VHS-Video in engl. Sprache
Verleih: 20 DM für max. 14 Tage (incl. Porto)
Südostasiens-Informationsstelle
Josephinenstr. 71, 4630 Bochum 1
Telefon (0234) 50 27 48

Zusammenstöße zwischen Gewerkschaften und der Polizei am 1. Mai 1989

Am 1. Mai 1989 waren auf Einladung der militanten Gewerkschaft KMU-Kilusang Mayo Uno (Bewegung des Ersten Mai) 20-30.000 ArbeiterInnen im Luneta Park im Zentrum von Manila zusammengekommen. Kleinere Gruppen der konservativen Gewerkschaft TUCP-Trade Union Congress of the Philippines hatten sich im Ninoy Aquino Memorial Stadion und die sozialdemokratischen Gewerkschaften aus dem Bündnis des LACC-Labor Advisory and Consultative Council im Philippine International Convention Center versammelt. Alle Fraktionen stimmten in der Forderung überein, die Mindestlöhne um 30 Pesos (3,00 DM) auf insgesamt 90 Pesos (9,00 DM) anzuheben. Die Regierung hatte dagegen eine Anhebung von 15 Pesos für Industriearbeiter in Manila, 10 Pesos für Betriebe in den Provinzen und 6 Pesos für Plantagenarbeiter angeboten. Die KMU erhob darüberhinaus die Forderung, den neuen Kreditvertrag mit dem IWF rückgängig zu machen, weil er ein Wirtschaftswachstum auf Kosten der

Arbeitnehmer bedeutet und zum weiteren Ausverkauf der nationalen Wirtschaft führt.

Als eine Gruppe von etwa 2.000 Arbeitern versuchten, die Demonstration vor der nahegelegenen US-Botschaft fortzusetzen, wurden sie von einer Spezialeinheit von 300 Polizisten und Soldaten gewaltsam auseinandergetrieben. Polizei und Militär setzten Schlagstöcke, Tränengas und scharfe Munition ein. Die Demonstranten wurden bis in den späten Abend verfolgt. Mehrere Arbeiter und Polizisten wurden verletzt, einige Hundert Arbeiter wurden festgenommen und etliche werden seitdem vermisst. A.I. in London befaßte sich mit dem antigewerkschaftlichen Vorgehen der Regierung und rief Ende Mai 1989 zur Unterstützung für die Suche nach zwei Gewerkschaftlern aus dem Industriegebiet von Malabon in Manila auf: Felix Cardano, Gewerkschaftssekretär und Rodolfo Ubasan, Mitglied der Malabon Labor Alliance, einer KMU-affilierten Gewerkschaft.

Präsidentin Aquino erklärte den Vertretern von konservativen und sozialdemokratischen Gewerkschaften auf einem Frühstücksempfang im Malacanang Palast, daß sie die Lohnforderun-

PHILIPPINEN

NACHRICHTEN

gen der Gewerkschaften ablehnt, weil dadurch das Wirtschaftswachstum verlangsamt und die Inflation angeheizt werde. Sie versuchte, sich selbst jedoch für die anstehenden Konflikte aus der Schußlinie zu nehmen: „Es soll in Zukunft weniger Regelungen durch die Regierung, sondern mehr Selbstorganisation und eigenständige Tarifverhandlungen geben (Collecting Bargaining Agreement).“

Selbst der konservative ehemalige Generalsekretär der TUCP und jetzige Senator 'Boy' Herrera gestand, daß es für die Arbeiter keine andere Lösung gibt, als für ihre gerechten Forderungen auf die Straße zu gehen. Unabhängige Forschungsinstitute haben ermittelt, daß eine Durchschnittsfamilie von sechs Personen das Dreifache des gegenwärtigen Mindestlohnes von 57 Pesos täglich für das Abdecken der Grundbedürfnisse braucht. Die Gewerkschaften kommen zu noch höheren Zahlen.

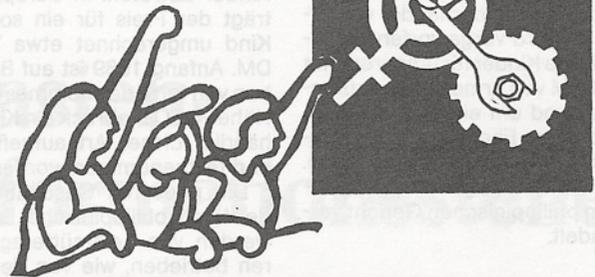
Alle Gewerkschaften und viele Wirtschaftsforscher sind sich darin einig, daß der Wiederaufbau der Wirtschaft durchaus höhere Löhne zuläßt, wodurch au-

Berdem die Kaufkraft zur Belebung des Binnenmarktes geschaffen wird. Das Problem liegt in den überhöhten Renditen für Investitionskapital und dem hohen Kapitalabfluß aus der Wirtschaft ins Ausland.

Die Weltbank gründet den Optimismus für eine günstige Wirtschaftsentwicklung ganz unvehohlen auf der Attraktivität der niedrigen Löhne für Investitionskapital. Ein schweizer Bankinstitut stellte in einer Werbung mit Vergleichsdaten Manila als den günstigsten Standort für die Bauindustrie dar. Während ein Facharbeiter im Bauwesen in Hongkong umgerechnet 1.158 US-Dollar im Monat verdient, sind es in Singapur 675 US-Dollar, in Kuala Lumpur 425, in Bangkok 216, dagegen in Manila nur 83 US-Dollar.

Die KMU hat für Ende Mai und Anfang Juni 1989 Streiks angekündigt, um den Forderungen nach Lohnerhöhung und der Zurückweisung der Kreditbedingungen des IWF und der privaten Banken Nachdruck zu verleihen.

Vgl. MD v.3.5.89, S.8f; FEER v.4.4.89, S.79; NM v.24.5.89, S.1ff; A.I., Urgent Action Nr.147/89 v.26.5.89



FRAUENARBEIT UND FRAUBEWEGUNG AUF DEN PHILIPPINEN - DIE 80ER JAHRE -

Eine 40-Seiten Broschüre zur Lebenslage philippinischer Frauen heute. Texte, Literatur, Adressen von philippinischen Frauengruppen (5,- DM)
Zu beziehen über:
Südostasien-Informationsstelle
Josephinenstraße 71
4630 Bochum 1
Telefon (0234) 50 27 48

Cory Aquino zum Staatsbesuch in Bonn

Präsidentin Aquino hält sich in der Zeit vom 8.-10.7.1989 in der Bundesrepublik auf und führt mit der Bundesregierung Gespräche über Wirtschafts- und Entwicklungshilfe.

Sie reist anschließend weiter nach Paris, um am Rande des Weltwirtschaftsgipfels dieselben Gespräche zu führen.

In einem Interview mit der DPA vor ihrer Abreise teilte sie die Ziele ihres ersten Besuches in der Bundesrepublik mit. Sie sucht „Hilfe und Unterstützung“, um die „mit sehr friedlichen Mitteln wiederhergestellte Demokratie nicht nur zu erhalten, sondern stärken (zu) können“. Die Bundesregierung soll für die Finanzierung des „Mini-Marshall-Planes“ für die Philippinen von 10 Milliarden US-Dollar für die nächsten fünf Jahre gewonnen werden, der von der Weltbank entworfen und kontrolliert wird. Ihre Bitte:

„Ich hoffe, daß unsere Situation die deutsche Regierung vielleicht inspirieren und ermutigen wird, auch uns Hilfe und Unterstützung zu geben.“

Sie will vor allen Dingen mehr deutsche Investitionen ins Land holen, von denen sie die Lösung ihrer Probleme erwartet. Dafür will sie mit einer „aggressiven Kampagne informieren, was die Philippinen sind und was sie (Auslandsinvestoren) zu bieten haben.“

Fixiert auf Kredite und Entwicklungshilfe als Motor zur Überwindung von Verarmung und Abhängigkeit bittet sie um mehr Geld: „Wir benötigen die Hilfe unserer Kreditbanken und derjenigen Regierungen, die uns in der Vergangenheit Geld geliehen haben.“

Zusammengerechnet hat der philippinische Staat bisher über eine Milliarde DM öffentliche Hilfe aus der Bundesrepublik erhalten. Die meisten Kredite dienen jedoch nur dem Schuldendienst für mehr als 28 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden. Der Abfluß von Kapital ist größer als alle Kreditzuwendungen.

Etwa 20 Prozent der Auslandsschulden stammen aus der Bundesrepublik, für die jährlich mehr Geld an deutsche Banken zurückfließt als an Hilfeleistungen und Investitionen ins Land gebracht wird.

Und wofür sie noch wirbt, ist die Unterstützung der Aufstandsbekämpfung mit „anderen Mitteln“: „Ich habe immer gesagt, daß die Lösung des Rebellenkampfes nicht ein totaler militärischer Sieg sein kann.“

Der einzige Weg zur Bekämpfung dieses Problems ist nach ihrer Auffassung: „eine Kombination aus militärischen und wirtschaftlichen Lösungen.“ Die militärisch-zivile Kombination der Aufstandsbekämpfung ist entwickelt worden, seitdem die Militärs trotz blutiger Unterdrückungsmethoden den Aufstand der Bauern in den verarmten Landprovinzen nicht brechen können.

Ohne Strukturveränderungen durch Landreform, Lohngerechtigkeit und „Chancengleichheit“ der marginalisierten und verarmten Mehrheit der Bevölkerung bedeutet der Ansatz jedoch nur eine „Befriedung“ ohne Lösung der Probleme.

Die Bundesregierung ist auf der Halbinsel Bondoc, etwa 200 Km südlich von Manila mit einem sog. ländlichen Infrastrukturprojekt von 30 Millionen DM an ei-

nem solchen Programm beteiligt (vgl. SOAI v. März 89, S.50). Durch eine Intervention der Guerilla der NPA-New People's Army beim BMZ-Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit sind die 80 der Mittel für den Ausbau von strategischen Straßen zunächst zurückgestellt worden. Ab 1.5.1989 hat das BMZ mit einem Sozialprogramm auf Bondoc begonnen, um die Bevölkerung zu gewinnen und ihren Widerstand zu brechen.

Frau Aquino wird noch auf ein anderes Problem stoßen, das ebenso aus der Strategie ihrer Militärs stammt. Der philippinische Militärattaché in Bonn, Oberst Ismael Villareal, hat über 20 Institutionen in der Bundesrepublik beschattet, die Beziehungen mit den Philippinen unterhalten, und sie pauschal bezichtigt, den Aufstand der Bauern in der NPA finanziell und politisch zu unterstützen. Damit wird die Polarisierung der Gesellschaft in Kommunisten und Anti-Kommunisten aus den Philippinen in die Bundesrepublik getragen und vergiftet die Beziehungen zwischen den Ländern.

NACHRICHTEN

Armut, Kinderhandel und Leihmütter

Im Dezember 1988 wurde eine Frau aus der Bundesrepublik in Manila wegen angeblicher Beteiligung am Kinderhandel verhaftet. Ihr wird vorgeworfen, philippinische Kinder für umgerechnet 500 DM von armen Eltern aufgekauft und um ein Vielfaches an kinderlose Ehepaare in der Bundesrepublik vermittelt zu haben. Ihr Fall wird gegenwärtig vor einem philippinischen Gericht verhandelt.

Im August 1988 ist zwar ein neues Gesetz, der Family Code, verabschiedet worden, um den Handel mit Kindern zu unterbinden, aber trotzdem blüht das Geschäft. Der Family Code sieht vor, daß beispielsweise Adoptiven ins Ausland nur durch anerkannte Organisationen unter Einschaltung der Gerichte gestattet sind. Die Bestimmung wird jedoch unverändert unterlaufen, weil das Problem tiefere Wurzeln hat und in der Armut des Landes begründet ist. Die Gerichte sind bestechlich, und die Summen, die Adoptionsvermittler zahlen, sind für die armen Familien des Landes so verlockend, daß sie ihre Kinder abtreten.

Die Syndikate im Adoptionsgeschäft haben neuerdings ihre Taktik geändert, indem sie die Mütter mit ihren Kindern ins Ausland ausreisen lassen, wo sie die Kinder abtreten. In Europa beträgt der Preis für ein solches Kind umgerechnet etwa 7.500 DM. Anfang 1989 ist auf Betreiben von terre des hommes in der Nähe von Osnabrück ein Kinderhändler dieser Art aufgefliegen und festgenommen worden.

Die neuesten Geschäfte mit der Armut philippinischer Frauen werden von Leihmütteragenturen betrieben, wie von der US-Bionetic Foundation. Die Stiftung sucht gesunde und gebärfreudige philippinische Frauen aus, die durch Implantation amerikanische Babies zur Welt bringen. Für eine philippinische Ersatzmutter müssen umgerechnet 2.000 Dollar gezahlt werden, während eine amerikanische 10.000 - 15.000 US-Dollar kostet. Philippinische Behörden, Frauenorganisationen und die Kirchen haben gegen diese Praktiken protestiert. Aber solange die Armut der Familien nicht grundsätzlich gelöst wird, werden Bestimmungen unterlaufen und Proteste in den Wind geschlagen, um zu überleben.

Vgl. FEER v.23.3.89,S.42

WISAP '89 - Frauen und Menschenrechte

Vom 8.-13. April fand in Tagaytay City, ca. 90 km südlich von Manila, die vierte internationale von GABRIELA organisierte Frauenkonferenz WISAP (Women's International Solidarity Affairs of the Philippines) statt. 72 Frauen aus 22 Ländern diskutierten im Plenum und in Workshops die Menschenrechtssituation von Frauen und tauschten ihre spezifischen Kampferfahrungen aus. So berichteten bspw. die Mütter des Plaza de Mayo aus Argentinien sowie eine südafrikanische Vertreterin über staatliche Repressionen gegenüber Frauen. Aus Indien wurde ein Referat zur Einschätzung der Lage asiatischer Frauen gehalten. Adul de Leon, Leiterin der GABRIELA-Kommission Gewalt gegen Frauen, gab eine allgemeine Einführung zur Frage von Frauen- und Menschenrechten und der Perspektive der philippinischen Frauenbewegung in diesem Zusammenhang. Auf die Auswirkungen der totalen Kriegserklärung Aquino's, der Präsenz des US-Militärs und der Nuklearwaffen sowie der Rolle multinationaler Konzerne für die Situation der Filipinas gingen andere Rednerinnen ein. Ms. Fernando, Sri Lanka, forderte in ihrem Beitrag die

Etablierung einer asiatischen Kommission zum Schutz der Menschenrechte der Frau. Sr. Mary John Mananzan, Vorsitzende von GABRIELA, hielt einen Beitrag zur Entwicklung der militanten Frauenbewegung. In den Workshops wurden darüberhinaus Fragen der Verletzung der Rechte der Frau durch Religion, Familie, Medizin, Umwelt, Sexualität thematisiert und gemeinsame Organisationsformen wie internationale Lobbyarbeit, die Vernetzung verschiedenster Aktionsformen und Kampagnen erwoogen. In der auf die Konferenz folgenden Woche nahmen die Teilnehmerinnen in Kleingruppen an „fact finding missions“ in verschiedenen Provinzen teil, um sich vor Ort, ein konkretes Bild sowohl des Ausmaßes von Menschenrechtsverletzungen an Frauen als auch ihrer Organisationsformen zu machen.

vgl.: Programm, Erklärung und Konferenzpapiere der WISAP-Konferenz 1989

Vergewaltiger einer Kinderprostituierten verurteilt

Wie wir bereits in den SOA-Informationen 1/1988 berichteten, wurde Rosario Baluyot, eine 11jährige Prostituierte aus Olongapo, am 19. Mai 1987 das Opfer sexueller Gewalt und starb an

PDPW - Frauenförderung von oben

Aus Anlaß des Internationalen Frauentages am 8. März 1989 verkündete Präsidentin Aquino öffentlich im Festsaal des Malacanang-Palastes die Verabschiedung des ersten Nationalen Entwicklungsplans für Frauen, Philippine Development Plan for Women (PDPW), der bis 1992 Gültigkeit haben soll. Der PDPW wurde in 18 monatiger, landesweiter Konsultation verschiedener Nicht-Regierungs- und Regierungs-Organisationen von der Nationalen Frauenkommission (NCW) unter maßgeblicher Beteiligung ihrer seit 1986 fungierenden Geschäftsführerin und ehemaligen Vorsitzenden der sozialdemokratischen Frauenorganisation Pilipina, Remedios J. Rikken, erstellt.

Für die Umsetzung des PDPW steht ein Budget von 500 Mio. Pesos zur Verfügung. Fast ein Fünftel davon ist für die infrastrukturelle Gemeindeentwicklung, v.a. für die verstärkte Heranziehung der Frauen zu Dienstleistungstätigkeiten und die Aufrechterhaltung notwendiger, den Bedürfnissen von Frauen entsprechender Einrichtungen vorgesehen.

Neben einer gut statistisch aufbereiteten Situationsanalyse der philippinischen Frauen, betont der Plan das Bedürfnis nach einer grundlegenden Sozialversorgung und der Notwendigkeit von Projekten für Migrantinnen, Prostituierten und der von Gewalt betroffenen Frauen. Zur unterschiedlichen Umsetzung des Plans seien umfangreiche institutionelle Reformen und Bewußtseinsbildungsprozesse auch in Verwaltung und Regierung erforderlich.

Der Plan, als Anhängsel und in Anlehnung an den mittelfristigen nationalen Entwicklungsplan erstellt, stellt jedoch die Prämissen dieser exportorientierten und von IWF/Weltbank abhängigen Entwicklungsstrategie keineswegs in Frage. Die Frauenfrage erscheint als eine per staatlichen Plan, administrativ zu lösende Aufgabe und nicht als dauernder Kampfprozess zwischen den Geschlechtern und sozialen Klassen. Aquinos Versprechen sei in aller Ohren: „Ich will nicht, daß man mir vorhalten muß, unter einer Frau als Präsidentin habe sich die Stellung der Frau nicht verbessert“!

Vgl.: NM v. 29.3.89, S. 19ff.; Womennews Vol 6, No 1, 1989, S. 3f.

den Folgen einer Blutvergiftung. Rose wurde, obwohl ein Vibrator in ihrer Vagina steckte, mehrmals vergewaltigt. Die Gebärmutter hatte sich daraufhin infiziert, ohne ärztliche Versorgung führte dies nach mehreren Monaten zu ihrem Tod. Als Täter wurde der 32jährige österreichische Arzt Hendrick Stefan Ritter überführt, der am 5.4.89 der Vergewaltigung und des Totschlags zu lebenslanger Gefängnisstrafe verurteilt wurde.

vgl.: NM v. 19.4.89, S. 37

Pädophilie

Drei Kongreßabgeordnete Renato Yap von Quezon City, Isidro Zarraga von Bohol und Joaquin Chipeco Jr. von Laguna brachten kürzlich eine Gesetzesvorlage ein, in der Pädophilie als Strafdelikt mit 10 bis 20 Jahren Haft und 30.000 bis 60.000 Pesos geahndet werden soll.

vgl.: NM v. 5.4.89, S. 37

Menschenhandelsfall zwischen Holland und Butuan City, Mindanao

Im September 1988 wurde der Holländer, Jan Schoemann, 41, zu zweieinhalb Jahren Gefängnis wegen Vergewaltigung und Mißhandlung von in die Prostitution gezwungenen Philipinas verurteilt. Unterstützt von der Stiftung gegen Frauenhandel in Den

Haag, hatten Elizabeth Mamac und Adelinda Loneza, beide aus Butuan, Mindanao, im Oktober 1987 Anklage gegen Schoemann und den Ex-Staatsanwalt Nestorio Placer aus Butuan wegen Menschenhandels und Zwangsprostitution erhoben. Beide Frauen sind als Hotelangestellte durch den Ex-Staatsanwalt angeworben worden und schließlich in privaten Sex-Clubs in Friesland, Nordholland gelandet. Bei Schoemann mußten sie die „Schulden“, die angeblich durch die Vermittlung entstanden waren, in Höhe von 30.000 Gulden abarbeiten, sie wurden unter Gewaltanwendung zur Prostitutionsausübung gezwungen. Die auf den Philippinen den Fall verfolgende Gruppe BUKAS, Women Tomorrow and Today in der Provinz Agusan-Surigao, beklagt ebenso wie die Klägerinnen das geringe Strafmaß gegen den Besitzer mehrerer Sexclubs.

Gegen Butuans starken, bei den Behörden und der Polizei einflussreichen Ex-Staatsanwalt und Marcosanhänger Nestorio Placer, steht, nachdem er durch seinen Verteidiger Tranquillini Calo Jr. den amtierenden Staatsanwalt Macario Balansag Jr. im August 1988 umbringen ließ (vgl. SOA 4/88, S.55), ein Gerichtsverfahren immer noch aus.

Vgl.: NM v. 8.2., S. 7-10; 15.2.1989, S.6-9